

Bezugspreis
 Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
 gleichzeitiger Zustellung 2,75 M., durch
 die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungs-
 gebühr. Bestellungen werden von allen
 Reichspostämtern angenommen.
 Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
 unter Nr. 6558 eingetragen.
 Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
 Erscheinung von 10^u bis 12^u Uhr.
 (Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 174.)

Saale-Beitung.

Anzeigen
 werden die Spaltenzeile oder deren
 Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
 25 Pfg. berechnet und in der Expedition,
 von unseren Handlungsstellen und allen
 Kassen-Expeditionen angenommen.
 Reflektieren die Seite 75 Pfg.
 Er scheint wöchentlich postfällig,
 Sonntags und Feiertagen einmahl,
 sonst zweimal täglich.
 (Der Abdruck weiterer Original-Artikel
 ist nicht gestattet.)

Nr. 230. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 20. Mai 1902.

Wisnards's schwache Seite.

Bei der Hamburger Konferenz um ein Wisnard-Denkmal hat der Entwurf Ledersers den Sieg davon getragen. Lederser wird also Wisnard als Nolan darstellen. Das dieser Gedanke des Wisnard-Moland entstehen und gefallen konnte, zeigt uns, wie groß Wisnard in der Erinnerung vieler Deutscher dasteht. Ein Standbild, das ihn der Wirklichkeit entsprechend verkörpert hätte, als Militär oder Allen im Sachsenwalde, genügt nicht mehr — man mußte eine sagenhafte Figur zu Hilfe nehmen, um einen der erinnernden äquivalenten Ausdruck zu finden. Aber die Apokalypse, das Wisnard schon kurz nach seinem Tode immer mehr Menschen groß wie ein sagenhafter Held erscheint, kann doch die andere nicht werden, daß auch die Schärfe nicht gering ist, die an ihm vor allem die Fehler sieht. Zu kurz ist die Zeit nach ihm und zu sehr hielten wir noch in den Nachwirkungen der inneren Zustände, die er geschaffen, als daß es anders sein könnte. Erst späteren Generationen wird von ihm nichts übrig geblieben sein als der Moland. Heute aber kann man je eine schwache Seite noch nicht ignorieren, und man soll es auch gar nicht, da mit der Verehrung auf ihn immer noch allerlei Unfug getrieben wird. Heute ist es noch ganz nützlich, gelegentlich wieder einmal die Seite sich anzusehen, und diese Gelegenheit gibt ein Aufsatz, den Dr. H. Düll in der Frankfurter Halbmonatsschrift „Das freie Wort“ veröffentlicht.

Wisnards's nationalökonomische Anschauungen in ihrer Entwicklung verfolgen, so schreibt er, heißt ein Jahrhundert an sich vorüberziehen lassen; zu ihnen Stellung nehmen, heißt ein komplettes System der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zusammenfassen. So groß ist der Zeitraum, dem er charakteristische Ansichten entnahm, und so umfangreich ist seine Tätigkeit auch auf diesem Gebiete. Er selbst hat aber nie ein „System“ gehabt, denn er war durchaus Praktiker, der eine gewisse Richtung der Theorie oft genug zu erkennen gab. Da Wisnard auf dem Gebiete der sogenannten höheren Politik gerade durch seine real-empirische Methode hervorberühmt ist, glauben viele, ihm den Mangel theoretischer Ausbildung in der Wirtschaftspolitik nachsehen zu dürfen. Seine Erfahrung habe ihm die wissenschaftliche Bildung „erleuchtet“. Nein, das hat sie nicht und konnte sie gar nicht. Auf diesem Gebiete kommt der Empiriker bald an einen Punkt, wo er nur zufällig den rechten Weg findet und wahrscheinlich fehlt, denn die großen Zusammenhänge des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vermag die Erfahrung des Einzelnen nicht zu überblicken, sondern nur die geordnete Erfahrung vieler, was eben die Wissenschaft vermittelt. Daran fehlte es Wisnard, was fatal wurde, als er seit den 70er Jahren selbständig in die Wirtschaftspolitik eingriff, während es früher wenig ausmachte, wenn er über diese Dinge manchmal Äußerungen hatte, die seinen großen politischen Ideen nicht gleichwertig waren.

Wisnard war Freihändler und wurde Schutzpolizist, das ist bekannt. Er war Freihändler, weil er — ein Reaktionsär, war, damals ein ärgerer, als jemals später. Freihändler, weil er Reaktionsär — das wird vielleicht manchem nicht einleuchten, es war aber doch so, denn auf Umständen und Motive kommt es an. Wisnard ist damals sehr „feudal“ gewesen. Er bekämpfte alle Neuerungen, die Verbesserung

der Agrarverhältnisse, die durch die Stein-Gardenberg'schen Reformen eingeleitet wurde, er bekämpfte die Regulierung der Grundsteuer, die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit usw., als „Konzeptionen, die man der Theorie und einem angeblichen Zeitgeist“ machen wolle, und er bekämpfte sich besonders den Industrialismus, denn dieser sei gleichbedeutend mit Revolution. Die Fabriken bereicherten die Einzelnen, uns aber erziehen sie die Masse von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unfreiheit ihrer Existenz dem Staate gefährlichen Arbeitern.“

Eigentliche Wirtschaftspolitik zu treiben begann Wisnard erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Bis dahin überließ er die wirtschaftlichen Geschäfte dem Präsidenten des Reichs, in dem er die erste deutsche Autokratie auf diesem Gebiete sah. Nachdem dann Reichsrat zurückgetreten war und Wisnard selbst der handelspolitischen Fragen sich annahm, vollzog sich in und mit ihm der Umschwung vom Freihandel zum Schutzpolizist. Ein solcher Umschwung ist nicht von prinzipiellen Gesichtspunkten aus zu betrachten; Freihandel und Schutzpolizist sind keine absoluten Lösungen, das eine wie das andere kann richtig sein, je nach den Umständen. Ein Land mit wenig entwickelter Industrie, die von übermächtigen Konkurrenten bedroht wird, kann mit gutem Grunde Schutzpolizist einführen. Deutschland aber hatte damals diese Periode bereits hinter sich. Die deutsche Industrie war schon in den 60er Jahren der einst allgegenwärtigen englischen ebenbürtig geworden, und wenn sie ein Jahrzehnt später tieferliege in über Lage sich befand, so war dies eine Sache der Konjunktur, nicht der Leistungsfähigkeit. Zu „schützen“ und zu „erziehen“ war gar nichts, und wenn man auch zugeben mag, daß die momentane Lage gewisse Tarifänderungen gerechtfertigt hätte, so war doch kein Grund zu einer allgemeinen und grundsätzlichen Änderung der Handelspolitik vorhanden. Was den Umschwung am meisten charakterisiert, war die Einführung von Agrarsteuern. Wir wollen heute, wo man infolge der Zolltarifvorlage genugsam mit Erörterungen über diese Dinge gefestigt wird, nicht auch hier noch davon reden. Nur sei kurz gesagt, daß die Begründung, die Wisnard den Agrarsteuern gegeben hat, zu dem Schwächsten gehört, das in seiner Nationalökonomie sich findet. Das hat ihm schon damals Conrad nachgewiesen, und seitler wurde dieses Urteil nur bestätigt. Schon in Wisnards's Argumentation spielt eine Hauptrolle die Meinung, daß das Ausland den Zoll trage. Abgesehen davon, daß dies zahlenmäßig widerlegt ist, ist es auch logisch so ziemlich das Unzulässigste, das man zur Begründung von Schutzpolizist ausfinden könnte. Doch genug davon. Wisnard hat schließlich die neue Handelsvertragspolitik, die sein Nachfolger Caprivi inaugurierte, entschieden verurteilt. Er sah in ihr nur „den Ausbruch der Kampfesweise, die die Zukunft für etwas mehr Regelmäßigkeit in der Gegenwart zu offen bereit ist.“ Auch hierher sind die Äußerungen, die er beifolgende Aufschreibung den Deutschen mit den Handelsverträgen genommen hat, im Beweis, daß der Druck mit Wisnards's Handelspolitik, den Caprivi vollzog, gute Politik war.

Die älteren sozialpolitischen Ansichten Wisnards's stehen auf einem Niveau mit seinen gleichzeitigen handelspolitischen: Er machte die Gewerbetreibenden für die bedrängte Lage der Handwerker verantwortlich und sah das Heil in der Wiederherstellung des alten Zunftwesens. In Frank-

furt, wo die Häute noch erhalten waren, sah er dann ein, daß er sich geirrt habe. Später beschäftigte er sich, angetrieben durch seine Beziehungen zu Lassalle, mit dem Genossenschaftswesen, ohne daß dabei viel herauskam. Sein endgültiges sozialpolitisches Programm wurde kurz nach der Reichsgründung festgelegt. Es ist in letzter Linie aus dem Gegenatz zu der sozialistischen Bewegung hervorgegangen. Wisnard war der Meinung, daß den staatlichen Organisationen vom Sozialismus große Gefahren drohen. Deshalb wünschte er internationale Vereinbarungen, was freilich nur einen Erfolg hatte — ein Einverleibnis mit der österreichischen Regierung, „das eine Zätätigkeit der Regierung sich in doppelter Weise äußern konnte, indem sie 1. denjenigen Büchsen der arbeitenden Massen, das Wort im schiefen, aber gang und gäben Sinne verstanden, welche in den Wandlungen der Produktions-, Verkehrs- und Preisverhältnisse eine Verdrängung haben, durch die Gesellschaft entzogenkommen, soweit sie mit den allgemeinen Staatsinteressen verträglich ist, 2. die staatsgefährliche Agitation durch Verbots- und Strafgesetze hemmen, soweit es geschehen kann, ohne ein gefundes öffentliches Leben zu verformen.“

So Wisnard in einem Schreiben an den Handelsminister Graf Jepsch vom 21. Oktober 1871. Hierin liegt das ganze künftige Programm: Sozialistengefetz und Sozialreform. Den unmittelbaren Anstoß zum Sozialistengefetz gaben die Mitteilungen im Jahre 1878, die man mit Unrecht dem Sozialismus in die Schuhe schob. Heute sind wohl alle auch nur einigermaßen vorurteilslos Leute darin einig, daß dies Ausnahmefetz eine verheerliche Maßregel war. Ihren Mißerfolg verdanken die Reichstagswahlgesetze. Das Sozialistengefetz hat denen, die es vernichten wollte, keinen Abbruch getan, wohl aber hat es sie verbitert. Es hat einen Groß und Haß erzeugt, an dem man heute noch laboriert, und fideles darf man behaupten, daß die Ausföhrung der sozialistischen Theorie um zwanzig Jahre weiter wäre, wäre nicht das ungeschickte Gesetz dazwischen gekommen. Wisnard glaubte, mit ihm eine elementare Bewegung unterdrücken zu können, und überließ dabei, aber er doch nur halbe Maßregeln zur Verfügung hatte — also ein Verjud mit untauglichen Mitteln. Mit Feuer und Schwert ist schon manche geistige und soziale Bewegung erstickt worden: Dragoon haben aus Protestanten wieder Katholiken gemacht und Landsknechte haben den Bauern ihre Bewegung ausgetrieben. Das war aber anno 1500 und 1600. In einer Zeit, da man fast 1900 schrieb, waren solche Radikalmittel glücklicherweise nicht mehr möglich — da konnte man wohl darüber, aber nicht unterdrücken. Und da Druck Gegenstand ersengt, also Verhinderung der Bewegung, gab es nur ein Mittel, der Sache die Spitze abzubrechen: Freiheit! Freiheit innerhalb der allgemeinen gesetzlichen Schranken.

Die Entwicklung, welche die Sozialdemokratie seit der Aufhebung des Sozialistengefetzes genommen hat, beschäftigt viele Aufmerksamkeiten. Man konnte es sonderbar finden, daß Wisnard dies veranlaßt, wenn nicht seine ganze Sozialpolitik doch ein logisches Schicksal wäre. Er war eben nicht liberal, der Freiheit geneigt, sondern autoritär. Man hat sehr viel Lobendes über die soziale Arbeitervereinerung gesagt und geschrieben, und gewiß, sie ist ein Werk, um das man Deutschland beneiden kann. Was aber hat der

Vulkan-Ausbrüche.

von Dr. Oskar Wegger.

„Von Kindheit prägen sich unseren Vorstellungen gewisse Konzepte ein; das Wasser gilt uns für ein bewegliches Element, die Erde für eine unbewegliche, träge Masse. Diese Begriffe sind das Produkt der täglichen Erfahrung und hängen mit allen unseren Sinnesempfindungen zusammen. Könt sich ein Erdhölz spüren, wankt die Erde in ihren allen Grundrissen, die wir für unerschütterlich gehalten, schleudert sie glühende Bingeuarten empor und sendet sie ihre verderblichen Feuerströme aus, so ist eine langjährige Fäulnis in einem Augenblicke zerbrochen. Man fühlt, die vorausgesetzte Ruhe war nur eine scheinbare, und man misstraut zum ersten male einem Boden, auf den man so lange zuversichtlich den Fuß gesetzt hatte.“

Diese Worte sind es, die uns jetzt wieder in Erinnerung gebracht werden, wo die Kunde von den Vorgängen auf Martinique die Welt durchzieht. Nein, die gewaltigen Kräfte, die von jeher auf dem Erdhölz gewirkt haben, sind noch nicht erschöpft, sie vermögen auch heute noch ihre volle Macht zu entfalten, und nur ihre zeitweilige Ruhe läßt es uns vergessen, daß wir tatsächlich auf einem Vulkan saßen.

Die Frage über die Entstehung der vulkanischen Erscheinungen hat erst in neuerer Zeit eine befriedigende Erklärung erfahren. So lange man der Auffassung zueigte, daß der Erdern von feuerflüssigen Gesteinsmassen gebildet werde, sah man in den vulkanischen Erscheinungen einen Durchbruch dieses feuerflüssigen Innern durch die dünne Erdkruste. Allein gewandte Gründe haben neuerdings zu der Annahme geführt, daß die Erdhölz entweder völlig aus festen Gesteinsmassen besteht, oder daß das Erdinnere einen gasähnlichen Zustand besitzt. Damit ist die alte Erklärung nicht mehr stichhaltig. Aber mag man die erste oder die zweite der neueren Ansichten zu Recht befehen, auf jeden Fall konnten in der Urzeit die Gesteine in der Tiefe bei der dort herrschenden Temperatur

nur durch den ungeheuren Druck erklären, die die auf ihnen lastenden, späteren Schichten ausübten. Die gewaltigen Temperaturen hier in Betracht kommen müssen, lassen die Besunde errathen, die man in Bergwerken und Bohrlöchern gesammelt hat. In dem Hohlhölz von Schladebach bei Merseburg hat man in einer Tiefe von 1716 Meter bereits eine Temperatur von über 56 Grad Celsius gemessen. Durchschnittlich nimmt die Temperatur mit je 30 Meter um 1 Grad Celsius zu. In einer Tiefe von 6 Kilometer stehen demnach die Gesteine schon unter einer Temperatur von 200 Grad Celsius. Das Befehlen des ungeheuren Druckes ist also die Vorbereitung dafür, daß die Gesteine in größeren Tiefen im festen Zustande verharren. Wird dieser Druck aufgehoben, so geht unter dem Einfluß der enormen Temperaturerhöhe ihre Umwandlung in glühflüssige Massen vor sich. Zur Veranschaulichung dieser Erscheinung kann ein kleines Experiment herangezogen werden. Wird Naltrial in einer Glasröhre einem hohen Druck unterworfen, so bleibt es erkarrt, so lange die Glasröhre geschlossen ist. Wird aber die Glasröhre geöffnet und der hohe Druck dadurch aufgehoben, so schmilzt es sofort.

Demselben Gesetz unterliegen die Gesteinsmassen in den größeren Tiefen. Die Aufhebung des Druckes erfolgt hier durch Spaltenbildung. In der Erdkruste spielen sich fortwährend Verbiebungen ab, wie schon die Verwerfungen in den Gebirgsformationen beweisen. Diese Verbiebungen können nun an diesem oder jenem Punkte der Erde eine Spaltenbildung hervorbringen, die sich nicht nur auf die oberflächlichen Schichten beschränkt, sondern auch in bedeutenden Tiefen hinabzieht. Je mehr sich die Spalte nach der Tiefe fortzieht, desto näher rückt der Zeitpunkt, wo die inneren Gesteinsmassen von dem auf sie lastenden Druck befreit werden. In er endlich aufgehoben, so geht das bisher feste Gestein unter der Einwirkung der herrschenden Temperatur in den glühflüssigen Zustand über und steigt nun auf dem Wege der Spalte zur Erdoberfläche empor. Das ist die feuerflüssige Lava. Die Verdracht der Vulkane findet sich vor an den Rändern der großen Kettengebirge. Diese Gebiete aber sind reich mit Verwerfungen und grabenartigen Einsenkungen durchsetzt,

und darum ist hier gerade die Gelegenheit zur Spaltenbildung gegeben.

Das Emporsteigen der Lava erklärt sich schon zur Genüge aus den hydrostatifchen Gesetzen. Aber es wird doch zugleich durch zwei besondere Momente wesentlich gefördert. Einmal werden mit dem Uebergang des festen Gesteins in den feuerflüssigen Zustand ungeheure Massen von Gasen frei, die von jenen Massen bisher absorbiert waren, aber wegen des Druckes in der Tiefe nicht entweichen konnten. Sodann betheiligte sich aber auch überhitzter Wasserdampf an der Lösung des Schmelzflusses. Woher das Wasser, das zur Verdrampfung kommt, stammt, ob es aus den tieferen Gesteinsschichten in den Spaltenangabe abfließt oder aus dem Meere herdrückt, ist noch unklar. Immerhin ist es bemerkenswerth, daß die meisten Vulkane in der Nähe des Meeres liegen.

Wird, die Gase und der überhitzte Wasserdampf, entweichen die gewaltigen Spannkraft. Sie reißt, die Wandungen und Deckflächen auseinanderreißen, die demkränklischen Explosionen hervor, die die vulkanischen Ausbrüche einleiten, sie treiben die wogende Lava über den Rand der Kratermündung und sie reizen, anfangs in einem Strahl aufsteigend und sich dann zu einer Wolke ausbreitend, die Lavabomben und Lavabroden kilometerhoch mit sich in die Atmosphäre empor. Die sich ausbreitende Gase und Wasserdampf geträumten zahlreiche Bomben und Broden zu Staub, der nun als Asche zum Theil auf die nähere Umgebung des Vulkans niederfällt. Die größere Menge dieser Asche wird aber mit den Luftströmungen entführt. Bei den Ausbrüchen der isländischen Vulkane im Jahre 1875 wurde die Asche bis nach Norwegen und Schweden getragen. Bei dem einstig dahindenden Ausbruch des Krakatau in der Simbharase fiel der Ascheneis auf einen Plänenraum nieder, der größer war als Deutschland. Man schätzte die niedergegangene Aschenmenge auf 15 Mill. Kubikmeter.

Der Feuerstrom der Lava bewegt sich mit einer sehr verschiedenen Geschwindigkeit, die in erster Linie von der Neigung des Geländes, über das er fließt, bedingt wird. Man hat Lavaströme beobachtet, die in einem Tage nur

lebende Gebirge dabei? Man wollte eine große Anzahl von Renteneinrichtungen schaffen, wodurch die Arbeiterzahl an der Fortschritt des Staates interessiert würde, um ihr dann um so lieber ein wirkliches Koalitionsrecht vorzulegen zu können. Denn das, was die Folge eines Koalitionsrechtes ist — die konstitutionelle Arbeit — war Bismarck ein Gesetz. Arbeiterrecht in Dänemark mußte der Fortschritt sein, und so auch war Bismarck's Ablehnung gegen Eingriffe in diese Selbstbestimmung, daß er für geistliche Arbeiterzölle fast gar nicht zu haben war und die Fortschrittspolitik nicht leiden mochte.

Die Sozialpolitik darf wohl sagen, daß Bismarck's Zeit reichlich um war, als er aus dem Amte schied. Und doch nimmt ihn dies keineswegs von seiner Bedeutung. Man kann eben ein genialer Baumeister und dabei ein schlechter Innenminister sein. Das Vernünftige wird dann sein, nicht das mangelhafte Innere unter Vernichtung auf den Baumeister konzentriert, sondern es zu verbessern umgestalten, und das man an ganzen Bau ungetriebene Freunde habe. Es ist doch zu früh, etwas schon abzuschreiben als gut zu preisen, weil es ihm nicht als für richtig hielt. Ein Mensch kann doch nicht alles! Dann wäre er kein Mensch mehr, sondern ein Gott. Und es wird wohl allen billigen Anprüchen genügen, wenn man Bismarck als Halbgott, als Roland weiterleben läßt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalsnachrichten.

* Der Kronprinz ist für heute abend von Berlin nach Dessau abgereist.

* Der Reichsfürst Graf von Bülow stattete am Sonntag abend dem spanischen Gesandten Nara in Berlin einen Besuch ab, um ihm persönlich seine Glückwünsche zur Erhebung zum Reichsfürsten auszusprechen.

* Der König von Schweden und Norwegen ist am Sonntag nach Kungälv in Genua eingetroffen.

Die Zucker-Agrarier.

machen, nachdem es ihnen gelungen ist, die Erhebung der Zuckersteuer vorläufig um etwas hinauszuverschieben, außerordentliche Aufstellungen, um das Zustandekommen der Berliner Konvention zu verhindern. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Wohl den nunmehr vorliegenden Brüsseler Protokollen tritt deutlich zu Tage, daß die deutsche Regierung vor England zurückgewichen ist und dabei Oesterreich-Ungarn im Stich gelassen hat, daß auf den Eob von 12 Fr. Hebevoll stehen blieb. Mit dem Zurückweichen Deutschlands hat der Widerstand der österreichischen Zuckergüter einfach aufgehört. Der Ausbruch des Reichs der deutschen Zuckereinkäufer ist fast dahin gekommen, daß die Annahme des Brüsseler Abkommens in der gegenwärtigen Fassung ein unbeschwerter Unglück für die Landwirtschaft und Zuckerindustrie bedeuten würde, wenn es nicht gelang, noch im Verlauf des Jahres den Hebevoll auf 8 W. der Doppelzentner zu erhöhen, gleichzeitig die Verbrauchssteuer um mindestens 10 M. herabzusetzen und den Verkehr mit künstlichen Zuckern auf die Apotheken unter Aufsicht zu beschränken. Noch sind die Mittel nicht gefunden, und es ist zu wünschen, daß einigermaßen gut gemacht werden kann, noch im Verlauf des Jahres den Hebevoll offenbar nicht ganz erkannt und deshalb von unseren Regierungsbekämpfern vorläufig angenommen worden ist, anstatt es abzulehnen.

Die Forderungen des Zuckerartikels erwähnen, siehe, darauf haben wir schon früher einmal hingewiesen, daß Abkommen abzulehnen, weil die anderen an dem letzten beteiligten Regierungen nicht darauf eingehen würden. In totaler Vertennung

eine zwanzig Meter vorrücken, während andere dreißig Kilometer in der Stunde vorwärts schoben. Hier ist jede Flucht vergeblich. Untergang und Tod ereilt alle, wofin sie sich erheben. In den großen Kesseln, die man kennt, gehören die Länder. Einzelne dieser Ströme haben eine Länge von 70-90 Kilometer, eine Breite von 2-27 Kilometer und eine Mächtigkeit von 40 Meter erreicht.

Sie durchgängig gehen dem vulkanischen Ausbruch Erdbeben voraus. Auch auf Martinique war dies der Fall. So lange der Vulkan noch im Entschlafen begriffen ist, so lange also die empordringenden Massen noch einen Ausweg suchen, muß dieser Kampf zwischen den noch streikenden Widerständen notwendigweise eine Entschärfung der Umgebung des Kampfplatzes nach sich ziehen, die sich in Form von örtlichen Erdbeben äußert. Ebenso wird der eigentliche Ausbruch meist von Erdbeben begleitet. Hier sind es die heftigen Explosionen der Gase und Wasserdämpfe, die bei ihrer Ausbreitung einen gewaltigen Druck auf die Umgebung ausüben und damit abermals Erderschütterungen hervorruft. Ist dagegen die erste Erhebung vorüber und geht die Ausbreitung der feuerflüssigen Massen ungestört vor sich, so finden die Erdbeben in der Regel ihre Ursache in der für die Ausbreitung eines freier Abflusses gehindert ist und deshalb die in ihnen vorhandenen Spannungen sich nicht mehr an den ihnen entgegenstehenden natürlichen Hindernissen betätigen können. Mit Recht hat man daher die heftigen Vulkane als Schug- und Sicherheitsventile für ihre nächste Umgebung bezeichnet. Aus diesem Grunde fürchtet man sich auch in vulkanischen Gebieten so lange nicht vor Erdbeben, als von den Kratern regelmäßig Dampfenwidlungen aufsteigen, ja man wünscht diese sogar herbei, da man sie als Anzeichen dafür ansieht, daß dem Vulkan der Weg noch ungehindert, an dem er ungehindert die empordringenden Nachschub abführen kann.

Die Vulkane graben sich selbst ihr Grab. Theils stürzen die verwiterten Kraterwände ein, theils versinken sie erstarrenden Lavaströmen mehr und mehr die Krateröffnungen, theils auch brechen Höhlräume zusammen, so daß der Kraterfall verschlossen wird. Ist dieser Verschluß hart genug, um den Gassen und Dampfen genaugenden Widerstand zu bieten, so wird ein neuer Ausbruch nicht mehr erfolgen. Aber die vulkanische Tätigkeit dauert trotzdem noch geraume Zeit an. Die Gassen und Gassenöffnungen sind ihre Zeugen. Von Zeit zu Zeit kommt es auch zu einem neuen Ausbruch. Dann werden nochmals die Gassen zu sprengen geladert und dieses fruchtlose Aufsuchen sich sich wiederum in Erdbeben um. So erklärte es sich, warum ehemalige vulkanische Gebiete in gewissen Zwischenräumen immer von neuem belebt werden von Erdbeben. Sie sind, um in einem Worte zu sprechen, aufzusuchen als die letzten zuckenden Athemzüge des dahinsinkenden vulkanischen Feuergeistes.

der wahren Interessen der Zuckerindustrie macht auch die „Magdeburger Zeitung“ für eine Ablehnung, indem sie vierdecker, auch seitens Frankreichs, Oesterreichs und Ungarns werde die Konvention verworfen werden. Die Regierung wird unter solchen Umständen noch einen harten Kampf zu bestehen haben, für den sie sich behauptenweise selbst geschwächt hat, indem sie dem agrarischen Verlangen auf Abänderung neuer Sachverhältnisse Raum gab. Was sie damit erreicht hat, kann sie aus dem stehenden Wandelstück erhellen, in dem diese Vernehmung von Sachverständigen als die Debarbourierung der Staatssekretäre von Theilmann und Graf von Bodozowski, sowie des Direktors im Reichshauptamt von Köhner durch den Reichsfürst Grafen Bülow bezeichnet wird. Das Blatt schreibt nämlich:

Wir glauben, nicht fest zu gehen, wenn wir annehmen, daß diese Vernehmung über die in der Materie vertheilte, nicht über des Reichsfürstlers zurückzuführen sei, der jedenfalls sich eingesehen hat, daß es geboten sei und im Interesse der Sache liege, den berechtigten Wünschen der Reichstagsmehrheit in dieser Beziehung entgegenzukommen. Wenn der Herr Reichsfürstler sich mehr um mehr in die Materie vertheilt, wird er hoffentlich auch zu der Abänderung gelangen, die die Fragen einer sehr günstigen Durchberatung bringend beschließen. Die Herren, die von dem Reichsfürstlichen in etwas vornehmer Weise die weitere Vernehmung von Sachverständigen ablehnten, werden aber über sich selbst nicht betrüben können, daß sie sich nicht zu demselben entschließen, sich so verhalten und dadurch eine immerhin unliebsame Dekubation ihrer Kränkungen herbeizuführen.

Daß man agrarischerseits befehlen wird, diese Vernehmungen bei der zweiten Lesung der Zuckersteuervorlage im Reichstage auch ferner weithin auszubringen, unterliegt keinem Zweifel, und Graf Bülow wird sich genug merken, wie unwürdig es war, durch die Abänderung neuer Sachverständigen auf der Reden den Anträgen zu erwidern, als sei die deutsche Regierung bei Hofschlag der Konvention mit geringerer Wichtigkeit versehen. Scheitert die einträgliche Vertheilung des Zuckersteuereinkommens an der Haltung der Reichstagsmehrheit der Zuckersteuervorlage gegenüber, wird wir aber zunächst immer noch bezweifeln, dann hat die Verantwortung dafür Graf Bülow zu tragen und sein politisches Prestige wird bei ihm an der Konvention befalligen Staaten gewiß nicht gewinnen.

Politisches.

* Die Zollfreunde beklagen beunruhigt, daß ein höher ansonstiger Teil mit der besten Waise bei der Aufstellung von Wertungstaxen sei. Die Agrarier versuchen es denn auch, jeden gegenständlichen Beweis mit aller Heftigkeit zu entkräften. Daß es sich hierbei nur um Nebenfragen handeln kann, ist für den Einseitigen ohne weiteres zu erkennen, daß aber die Agrarier selber an solche Nebenfragen nicht glauben, zeigen nachdrücklich die Ausführungen des Grafen Kanitz, der am 22. Jan. 1892 bei den Verhandlungen über den Entwurf zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag folgendes sagt:

„Die Schweiz hat sich angelegen sich lassen, sich rechtzeitige für diesen Kampf zu wappnen; sie hat wieder einen neuen Generaltarif gemacht, welcher ihr durch den neuen Konventionstarif glücklich beilegtigen Generaltarif von 1887 entspricht und die allen Zollfälle fast überall wieder befreit. ... Nach unserer Ansicht dürfte dieser neue Generaltarif niemals auf Basis der Verhandlungen zwischen uns und der Schweiz gemacht werden. (Sehr richtig! rechts). ... Dieser neue schweizerische Generaltarif hat in meinen Augen nur einen politischen Werth, und wenn der Herr Staatssekretär v. Maltzahn mit den Verhandlungen mit dem Schweizer Legation übertrugen hätte Oesterreich, dann würde ich die Herren Delegirten gebeten haben, diesen Generaltarif freimüthig auf seine Gültigkeit zu lassen, oder, wenn sie ihn nicht abgeben wollten, einfach in die Schublade zu legen und auf Grund der bestehenden Vertragsobligationen in neue Verhandlungen einzutreten.“

„Zu einer Zugriffsart in den „Vorwärts“ sucht Graf von Soerenbroch einen Vorwurf zurückzuführen, bei dem das Wort ihm in einer Behauptung des neuesten Bandes seines Werkes über die sozial-kulturelle Wirksamkeit des Reichstages gemacht hatte, der „Vorw.“ hatte bemerkt, Graf Soerenbroch habe das Ideal des Reichs der deutschen Einigkeit im vorliegenden Wortsinn nicht als ein Ideal des Reichs der deutschen Einigkeit erklärt, sondern, daß er auch ein klarer Gegner des protestantischen Christentums sei. Er befenne sich zur freiesten Richtung des Christentums, weil einzig und allein freies Christentum wahren Christentum sei. Er erkläre auch in der Sozialdemokratie durch den nicht den schärfsten Feind, sondern in ihren meisten Forderungen eine berechtigte Bewegung, die die Befreiung unserer sterblich schlechten sozialen Zustände zum Ziele habe. Der „Vorwärts“ bringt die Zugriffsart des Grafen Soerenbroch, dem er sonst den Ehrentitel „Eremit“ anhängt, ohne Bemerkung zum Ausdruck. — Wir finden das erklärlich.

* Ueber den Woblaufsart, den das Schleswiger Komitee für die Wiederwahl des Landrats v. Allen einleiten, ist in der freieschwebenden „Post“ eine Ermahnung zu lesen, die um so interessanter ist, als sie gerade von dieser Seite kommt. Die „Post“ meint, daß der Aufzug zwar gegenstandslos geworden sei, da v. Allen von seiner Kandidatur zurückgetreten sei. Die neueste Mitteilung, die allerdings noch der Wichtigkeit bedarf, bezieht aber das Gegenbeispiel. Es ist daher nicht richtig, die Meinung des Woblaufsart zu haben, daß u. a. schreibt:

„Man wird zur Eile des Komitees annehmen müssen, daß es ohne Kenntnis des Attentatsverhältnisses abgehandelt hat. Grund dessen die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetentages einmüthig die Ungültigkeit der Wahl beantragt hat und daß es daher nur der Vorwurf grober Verfehlung zutrifft. Denn wer dies thätigste Material kennt, das zu einer heftigen Forderung in dem Vertheil der Wahlprüfungskommission des Reichstages übergeben werden wird, kann keinen Zweifel darüber haben, daß die Urheber der Wahlprüfung nicht nur ihre Pflicht gegen ihren Heimatbezirk wie gegen den Staat erfüllt, sondern sich auch ein nicht zu unterschätzendes Verdienst um das Gemeinwohl erworben haben, indem sie trotz der ihnen ungewissen drohenden Verurteilung die Wahlprüfung in einem unangenehmen Augenblicke anordneten, deren Position im Interesse der Freiheit und Ehrlichkeit der Wahl geradezu abgeben war.“

Das ist eine sehr deutliche Sprache! Es sei bemerkt, daß die Prozesse zum großen Theil aus dem Lager der freisinnigen Wähler kamen, aus akademischen Kreisen und dem Gewerbestande.

* Nach Bestimmung des kaiserlichen Erlasses über die Aufhebung des Diktatorparagrafen hatte, dem „Eisener Arbeiter“ zufolge, der Präsident des Landesauschusses, Dr. Schlumberger, dem Kaiser telegraphisch

gebeten, dem Bureau des Landesauschusses zu erlauben, im Namen der Landesvertretung in einer Sitzung den Dank für die Maßregel auszusprechen zu dürfen. Der Kaiser hat dem Präsidenten telegraphisch antwortet, daß er das Bureau des Landesauschusses am 21. Mai in Urvilla empfangen werde. Ferner hat dem Kaiser aus dem beschriebenen Städten des Reichslands Danktelegramme zugegangen, auf die er sofort telegraphisch antwortet hat.

* Eine eigentümliche Geschichte von einem maskierten, englischen Offizier erzählt ein deutsche Wälder aus Wiesbaden. In der Vorstellung der „Lustigen Weiber von Windsor“ erschien danach in der kaiserlichen Loge ein englischer Wälder in reicher Oberbekleidung, ein hervorragender Mann und ein, den Platz zu seiner Bekleidung einnahm, und von Bekleidung der Vorstellung unterließ er sich wiederholt auf das Angelegenheit mit ihm. Auf eine Anfrage nach der Persönlichkeit wurde die Antwort ertheilt, es sei der englische Deputirte Sanderford. Dieser Name wurde auch in den Wäldern des Reichslands (gegen) ein altes deutsches Blatt berichtet nun, daß in Wahrheit dieser englische Oberst oder der englische General-Lord Roberts gewesen sei. Vor einigen Tagen war in auswärtigen Wäldern berichtet worden, daß Oberst Sanderford große Bekanntschaft mit Lord Roberts habe. Die „Frankf. Hg.“ hat darauf mit dem Bericht Sanderford ein hervorragendes Sportman und häufiger Besucher des Kaiser's bei seiner Jagdpartien, mit Lord Roberts nicht die entfernteste Bekanntschaft habe. Jetzt bekennt ein altes deutsches Blatt, daß Oberst Sanderford doch Lord Roberts gewesen sei. Dazu bemerkt die „Nationalz.“: „Man sollte es nicht für möglich halten! Der Bericht wird zugeworfen, die Abgeschlossenheit zu glauben, daß der deutsche Kaiser eine solche Bekanntschaft zulasse und mitmilde!“ — Die Wälder sind schon sich einzubilden, daß der Kaiser mit Rücksicht auf sie in die Wälder gekommen ist, um ihre übertriebene England feindlichen Gesinnung nicht zu vertreiben.

Wirtschaftliches.

* In Schanbau hat der Privatbankier zufolge eine Konferenz von Vertretern deutscher, österreichischer und ungarischer Eisenbahnverwaltungen statt. Die Konferenz, welcher als Vertreter Preussens der Regierungsrath Bülff aus Breslau beizuwohnt, bezugsfähig über eine einheitliche Gütertarifreform der Eisenbahnverwaltungen der genannten Staaten, sowie auf der deutsch-österreichischen Linie.

* In der Tarifkommission des Württembergischen Landtags beantragte der Vertreter des Centrums die Einführung einer vierten Wagenklasse mit einem Tarif von 2 Pf. pro Kilometer. Die Regierung machte keine prinzipiellen Bedenken geltend und sagte gegen den Antrag nichts ergebendes, finanziellen Verhältnisse zu. Bis jetzt gibt es bekanntlich die vierte Klasse auf den Süddeutschen Bahnen noch nicht.

* Die schätzlichen Staatsbahnen vereinbarten im April d. J. 9,287,790 M. (gegen April 1901 169,732 M. weniger), hiervon aus dem Personenverkehr 3,060,090 M. (363,125 M. weniger), aus dem Güterverkehr 6,227,700 M. (183,890 M. mehr). Die Gesamtsumme in den ersten 4 Monaten d. J. beträgt 33,711,958 M. (gegen die gleiche Zeit 1901 87,380 M. weniger).

Richte und Schule.

* Zu der hiesigen Abgeordnetenversammlung wurde bei der Sitzung, wie sich die sonderliche Unterrichtsverwaltung zu den Preussischen, auf die Erweiterung der Berechtigungen der Realschulintendanten bezüglichen Anordnungen zu verhalten gebote, von liberaler und sozialdemokratischer Seite der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Vorgehen Preussens in Bayern Nachahmung finden werde; dagegen betonten die Centrumsmitglieder, daß nach ihrer Auffassung jedenfalls für die Juristen die klassische Bildung unbedingt notwendig sei. Der Kultusminister stellte sich auf den Standpunkt des Centrums und gab seine persönliche Meinung dahin kund, daß man die Abänderungen der Preussischen nur zum Nachstudium an den hiesigen Universitäten, nicht aber an den richterlichen Prüfungen werde zulassen können. Einen ähnlichen Standpunkt hat beunruhigt auch die Unterrichtsverwaltung des Königreichs Sachsen angenommen. Es ist für empfehlenswert gehalten worden, wenn auf den Universitäten der verschiedenen Bundesstaaten von einander abweichende Bestimmungen bestehen, scheint uns sehr zweifelhaft.

Parlamentarisches.

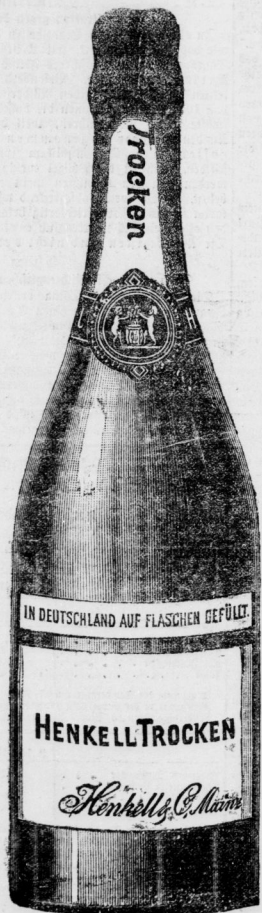
* Die bayrische Kammer hat, wie gemeldet, eine Resolution für Abänderung des bestehenden Wahlrechts angenommen, bei der der Hauptzweck die Einführung des direkten Wahlrechts zu Grunde liegt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, nur die Bauernabteilung erwiderte Widerspruch. Natürlich, denn durch die neuen Bestimmungen können in Bayern keine Einwohnern unter 35 Jahren zum Wahlrecht gelangen, nicht aber an den Wahltag, auf 35 Jahren einwohnern ein Abgeordneter fallen soll. Der Minister v. Feilich ist ernsthaft in seiner Rede die „Ausgleichung“, der zufolge das aktive wie passive Wahlrecht auf das 25. Lebensjahr heraufgesetzt würde. Früher war das aktive auf das 21. das passive auf das 25. und für die Abgeordneten auf das 30. Lebensjahr festgelegt. Folgende beachtenswerthe Sätze aus der Rede des Ministers seien hier wiederzugeben. Herr v. Feilich sagte u. a.:

Es ist ein ernstliches Bedauern, daß die einzelnen Parteien ihre Wünsche zurückgestellt haben zur Erzielung einer Abänderung, die in großen und ganzen ein Fortschritt gegen den derzeitigen Standpunkt ist. Die Regierung betrachtet diese Abänderung als ein Kompromiß, sie wird, wenn die Abänderung von der Kammer der Abgeordneten und von der Wahlbegehrten Zustimmung angenommen werden, bereit sein, einen Wahlbegehrten Zustimmung in Vorlage zu bringen, welcher im wesentlichen auf der hier vereinbarten Grundlage basiert, und damit die einzelnen Parteien an diesen Sätzen festhalten. So ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß auch ein Wahlbegehrter Stande kommen wird. Wir wollen etwas Gutes, und jeder muß etwas nachgeben. Ich erlaube Ihnen hiermit, daß die künftige Staatsregierung insbesondere gegen die Einführung des direkten Wahlrechts in Bayern keine Einwohnern unter 35 Jahren zu erheben hat, wenn durch entsprechende Garantien im einzelnen dafür gesorgt wird, daß durch die Einführung des direkten Wahlrechts sich ergebenden Folgen in angemessener Weise ausgeglichen werden. Diese Ausgleichung findet die Regierung in denjenigen Umständen, die Sie einmüthig in Ihrem Ausschusse angenommen haben. Weisungen können Sie gewiß nicht verlangen.“

Wir betonen schon, daß mit der Einführung des direkten Wahlrechts und mit der gegen früher geübten Festsetzung der Zahl von Einwohnern, die einen Abgeordneten abgeben hat, eine entscheidende Fortschritt in der Wahlbegehrten Bayern zu verzeichnen ist, gegen den die erwähnte Demarkation des Lebensalters nicht so ins Gewicht fällt. Da sich auch Preussens einmal zu dem Vorgehen Bayerns entschließen wird?

* Die Vorbereitungen zur nächstjährigen Reichstagswahl sind, wie uns aus Wittenberg geschrieben wird, im Wahlkreis Wittenberg-Schwelbitz bereits im Gange. So verlautet, daß die Konventionen des Mittelrheinschwerer Stütz

DIE SEKTSTEUER



ist nunmehr in 3^{ter} Lesung mit
50 Pfennigen per Flasche ange-
nommen und wird am 1. Juli 1902
in Kraft treten. ~~~~~
Schaumwein im Besitze von Haus-
haltungsvorständen, die weder Aus-
schank noch Handel mit Getränken
betreiben, bleibt, sofern die Ge-
samtmenge nicht mehr beträgt als

30 Flaschen

von der Nachsteuer befreit!

Wir empfehlen den Gönnern unseres

HENKELL

TROCKEN

hiervon Gebrauch zu machen und
sich zum Bezuge an den Weinhandel
zu wenden. ~~~~~